

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

3. Sitzung des Stadtrates

21.09.2023, 19:00 – 20:45 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsidentin	Pauli Pauline, PRR	
1. Vizepräsident	Dörig Stefan, GLP	
2. Vizepräsidentin		Rubin Michael, Grüne
Stimmenzählerin:		Meier Svenja, SVP
Stimmenzähler:	Baumann Markus, SVP (bis 20:30 Uhr)	
Stimmenzähler:	Cura Sacha, SP	
Mitglieder	Aellig Jessica, FDP	
	Blösch Paul, EVP	
	Dancet René, GLP	
	Fischer Martin, FDP	
	Gabathuler Leander, SVP	
	Grob Oliver, SVP (bis 20:30 Uhr)	
	Hafner Lukas, FDP	
	Induni Paolo, Grüne	
	Kallen Noemi, SP	
	Kobel Rahel, Grüne	
	Ledermann Philipp, GLP	
	Liechti Hugo, SP	
	Lützel Schwab Rickenbacher Kathleen, SP	
	Meier Christoph, Grüne	
	Münger Tamara, Mitte	
	Oehme Marlene, EVP	
	Schwab Martin, SP	Peter Luzius, SP
	Soder Tobias, GLP	
	Spycher Thomas, FDP	
	Stampfli Monika, GLP	
	Von Aesch Dominik, SP	
	Weibel Daniel, Parteilos	
	Zahnd François, FDP	
Der Stadtrat ist beschlussfähig.		

Gemeinderat	Hess Sandra Egger Tobias Cattaruzza Beat Evard Amélie Friedli Sandra Lutz Roland Schweizer Joel
Sekretär	Ochsenbein Stephan
Protokollführerin	Jennings Manuela
Technik/Planton	Leyvraz Frederik
Verwaltung	Hauri Christian Jaggi Lukas Rhiner Dominik Schmid Stefan Steuri Anna Weber Patrick

5 **Traktanden**

1. Protokoll der 2. Sitzung vom 15. Juni 2023
2. Geschäftsordnung des Stadtrat - Totalrevision
3. Finanzstrategie - Kenntnisnahme
4. Prüfung Rechtsformänderung Elektrizitätsversorgung Nidau - Verpflichtungskredit
5. M 204 «CHF 46'600.- : ist das zu teuer für 25% der Bevölkerung in Nidau» - Fristverlängerung
6. P 232 Städtepartnerschaft mit der Ukraine
7. P 233 Wie zugänglich ist Nidau?
8. P 234 Ernährung der Zukunft
9. I 142 Sichere Energieversorgung und Beschaffungsstrategie
10. I 143 Situation der Nidauer Schulen bezüglich Lehrkräftemangel und Stellenbesetzung
11. EA 69 Schliessung Kita Unterer Kanalweg auf Sommer 2024

Verhandlungen

- 10 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli** *[die Stadtratspräsidentin führt die Sitzung in Französisch; Anmerkung der Protokollantin]:* Guten Abend. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, Frau Stadtpräsidentin, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebes Publikum und alle, die uns von zu Hause aus verfolgen. Guten Abend an alle. Herzlich willkommen zu dieser dritten Sitzung des

Stadtrats. Ich möchte zuerst Monika Stämpfli zur Wahl in den Grossen Rat gratulieren. Liebe Monika, viel Freude in deiner neuen Funktion. Dank ihr sind wir jetzt fünf gewählte Mitglieder aus Nidau, das heisst unsere Interessen werden verteidigt und vertreten sein. Ich möchte einmal mehr an die Stärke unseres Stadtrats hier in Nidau erinnern: den Respekt. Ich wünsche mir eine konstruktive und effiziente Sitzung, in der wir einander zuhören und einander respektieren. Für diese Sitzung haben sich folgende Mitglieder entschuldigt: Luzius Peter wegen beruflichen Gründen, Svenja Meier und Michael Rubin aus gesundheitlichen Gründen. Wir sind darum heute Abend 27 Stadträtinnen und Stadträte. Aufgrund der Abmeldung von Svenja Meier, bedanke ich mich bereits bei Markus Baumann, der sich als Stimmzähler für die Sitzung heute Abend gemeldet hat. Gemäss Artikel 20 der Geschäftsordnung des Stadtrats ist der Stadtrat beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen und die 2/3-Mehrheit 18 Stimmen. Möchte jemand das Wort ergreifen und die Diskussion mit einer aktuellen Frage eröffnen? Das ist nicht der Fall. Es gibt keine Fraktionsmeldungen. Wir können daher zur ordentlichen Traktandenliste übergehen. Die Traktandenliste wurde am 6. September 2023 innerhalb der vorgesehenen Frist veröffentlicht. Wir können mit dem ersten Traktandum starten.

1. Protokoll der 2. Sitzung vom 15. Juni 2023

Ressort
Sitzung

Präsidiales
21.09.2023

nid 0.1.6.1 / 25

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Der erste Punkt ist die Genehmigung des Protokolls der zweiten Sitzung des Stadtrats vom 15. Juni 2023. Es wurden keine Änderungswünsche eingereicht. Wir können also direkt zu der Abstimmung übergehen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst einstimmig bei einer Enthaltung:

35

1. Das Protokoll der 2. Sitzung vom 15. Juni 2023 wird genehmigt.

2. Geschäftsordnung Stadtrat – Totalrevision

Ressort
Sitzung

Büro des Stadtrates
21.09.2023

nid 0.1.1 / 21.5

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Das zweite Traktandum ist die Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrats. Die Revision wurde durch das Stadtratsbüro vorgenommen. Die Resultate der Arbeiten und das überarbeitete Reglement wird ihnen vom Stadtratsbüro präsentiert. Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Bevor ich das Wort an den ersten Vizepräsidenten des Stadtrats, Stefan Dörig, übergebe, möchte ich noch daran erinnern, dass die Arbeiten für die Revision 2022 begonnen haben und mit der Unterstützung von Dr. Rechtsanwalt Ueli Friederich begleitet wurden. Ich möchte ihm für seine Arbeit danken und ich bedanke mich herzlich bei meinen Kollegen vom Ratsbüro für ihr Engagement bei dieser Revision sowie auch bei Stephan Ochsenbein und Manuela Jennings für ihre wertvolle Unterstützung. Ich möchte mich auch bei Noemi Kallen bedanken, die die Revision begonnen und im Jahr 2022 geleitet hat. Ich übergebe das Wort an Stefan Dörig.

50

1. Vizepräsident, Stefan Dörig: Liebe Kolleginnen und Kollegen von Gemeinde- und Stadtrat, liebe Anwesende. Ich spreche hier als Vertreter des Stadtratsbüros. Sie haben die Unterlagen

zum Geschäft alle erhalten, daher werde ich nicht auf die einzelnen Artikel eingehen. Uns als Stadtratsbüro ist es aber wichtig, nochmal auf die Erarbeitung der neuen Geschäftsordnung hinzuweisen. Dabei war uns die Transparenz immer ein grosses Anliegen. Erstens waren dank der Zusammensetzung des Ratsbüros alle Fraktionen bei der Erarbeitung vertreten und ständig informiert und zweitens haben wir eine Vernehmlassung durchgeführt, damit die Fraktionen sich offiziell äussern konnten. Danke an dieser Stelle allen für die zahlreichen und auch sehr konstruktiven Rückmeldungen bei der Vernehmlassung, von denen auch viele aufgenommen wurden. Basierend auf der Vernehmlassung und der Meinung innerhalb des Ratsbüros, wurde dann die vorliegende Geschäftsordnung finalisiert. Dabei gab es einige wenige Punkte, bei denen wir über verschiedene Varianten abgestimmt und entsprechend der Mehrheit im Stadtratsbüro entschieden haben. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Auflösung der Einbürgerungskommission wichtig, die in einigen Vernehmlassungsantworten gefordert wurde. In der abschliessenden Sitzung des Stadtratsbüros hat sich schliesslich eine grosse Mehrheit für die Auflösung entschieden. Entsprechend wurde dies in die finale Version aufgenommen. Danke an die Kolleginnen und Kollegen im Stadtratsbüro, danke Pauline Pauli für die umsichtige Sitzungsführung, danke an die Verwaltung und an Ueli Friederich. Ich denke, wir haben nun mit dieser Geschäftsordnung ein Dokument, mit dem wir in den kommenden Jahren arbeiten können. Noch eine kleine persönliche Bemerkung, ich war erstaunt, wie wenig tatsächlich in der Geschäftsordnung festgeschrieben ist. Der Ratsbetrieb funktioniert auch so mit Pragmatismus und Respekt, gut gemanaged von der Verwaltung und vom Präsidium. Ich hoffe, dass wir diesen konstruktiven Geist auch weiterhin pflegen können. Im Namen des Stadtratsbüros bitte ich Sie, die Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrats gutzuheissen. Vielen Dank.

75

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke Stefan Dörig. Die Geschäftsprüfungskommission wird sich zuerst äussern mit Martin Schwab, dann Noemi Kallen für die SP-Fraktion, René Dancet für die Grünliberalen, Oliver Grob für SVP-Fraktion, Marlene Oehme für die Fraktion Grüne/EVP und Thomas Spycher für die Bürgerliche Fraktion.

80

Sprecher GPK, Martin Schwab: Geschätzte Anwesende, die Geschäftsprüfungskommission möchte festhalten, dass die Vorarbeit, welche das Ratsbüro, die Verwaltung und alle Involvierten geleistet haben, grandios war und möchte die Transparenz, wie kommuniziert wurde mit dem Vernehmlassungsverfahren, bei dem alle abgeholt wurden, besonders hervorheben. So funktioniert die Demokratie, so sollte es sein. Die GPK übergibt das Geschäft einstimmig dem Stadtrat und empfiehlt das Geschäft zu behandeln.

85

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke Martin Schwab für die GPK. Bitte Noemi Kallen für die SP-Fraktion.

90

SP-Fraktion, Noemi Kallen: Guten Abend. Die SP-Fraktion wird dieses Geschäft einstimmig annehmen, gerade auch weil alle unsere Punkte aus der Vernehmlassung aufgenommen wurden. Wir möchten uns vorenthalten, einen Ordnungsantrag auf einen Sitzungsunterbruch zu stellen, sofern komplizierte Anträge gestellt werden.

95

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte René Dancet für die Grünliberalen.

GLP-Fraktion, René Dancet: Guten Abend. Mit dem vorliegenden Entwurf der neuen Geschäftsordnung liegt aus Sicht der GLP-Fraktion ein gutes austariertes Werk auf dem Tisch, dem wir

100 gerne zustimmen werden. Viele relevante Änderungen, die wir eingebracht haben, wurden aufgenommen, das ist gut so. Es gibt aber auch andere Punkte, die wir im Sinne eines guten Kompromisses sehr gut mittragen können. Die Aufhebung der Einbürgerungskommission begrüssen wir, wir denken, dass die heutige Lösung keinen grossen Mehrwert hat. Wir erwarten und sind heute schon davon überzeugt, dass es gelingen wird, dass die Verwaltung diese Aufgabe qualitativ mindestens gleich gut wahrnehmen kann. Zudem sind wir der Ansicht, dass der Aufwand, wenn auch nur leicht, doch reduziert werden kann. Grosser Dank an alle Beteiligten, an das Ratsbüro für die aus unserer Sicht sehr gute Arbeit. Es ist sehr reibungslos verlaufen und wenn man bedenkt, dass wir erst im Jahr 2022 gestartet haben, ist es doch sehr zügig vorwärts gegangen. Vielen Dank.

110 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Bitte Oliver Grob für die SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Oliver Grob: Guten Abend. Auch wir werden im Grundsatz dieser Revision der Geschäftsordnung zustimmen. Bei Änderungsanträgen werden wir uns situativ überlegen, ob wir zustimmen oder ablehnen. Auch wir möchten uns beim Ratsbüro und der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken. Danke.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte Marlene Oehme für die Fraktion Grüne/EVP.

120 **Fraktion Grüne/EVP, Marlene Oehme:** Ich finde es zwar etwas umständlich extra nach vorne zu kommen, um in das Mikrofon zu sagen, dass ich nicht viel zu sagen habe, aber da es wichtig ist für die Aufzeichnung, mache ich das gerne. Die Fraktion Grüne/EVP stimmt diesem Geschäft einstimmig zu. Das Stadtratsbüro hat sich zu allen Punkten gute Überlegungen gemacht. Vielen Dank.

125 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Bitte Thomas Spycher für die Bürgerliche Fraktion.

130 **Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher:** Frau Präsidentin, liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen von Stadt- und Gemeinderat, liebe Zuschauende zuhause. Die Bürgerliche Fraktion begrüsst diesen neuen Entwurf im Grundsatz. Wir danken allen, die sich daran beteiligt haben. Es scheint ein modernes Reglement zu sein. Insbesondere begrüssen wir die klarere Regelung bei den parlamentarischen Vorstössen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Missverständnissen geführt haben. Das war glaube ich ursprünglich auch das Anliegen von Tobias Egger, diesbezüglich mehr Klarheit reinzubringen. Scheinbar haben verschiedene vermutet, dass ein Änderungsantrag kommt, das ist tatsächlich so. Ich erlaube mir, diesen als letzte Fraktion gleich zu stellen. Ist das in Ordnung?

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Ja, bitte.

140 **Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher:** Der Änderungsantrag ist nicht kompliziert, es wird keinen Sitzungsunterbruch brauchen. Es ist eigentlich klar. Es geht wie vermutet um die Einbürgerungskommission. Unsere Fraktion wurde überrumpelt, weil die Auflösung der Einbürgerungskommission nicht Gegenstand der Vernehmlassung war. Bevor ich zum Antrag im Detail komme, möchte ich eine Begründung abgeben, wie es dazu kommt. Wir haben es schon von den Vorrednern gehört. Die Einbürgerungskommission wird als nicht mehr zweckmässig erachtet. Ein Argument, das ich gehört habe, ist, dass sie nur beraten und empfehlen kann, aber nicht entscheiden. Das kann es ja nicht sein. Das ist bei den anderen Kommissionen auch so. Ein finanzieller Aspekt

kann es kaum sein, wenn man jährlich 4 000 Franken Sitzungsgeld sparen will. Also können es nur politische Gründe sein. Wenn Leute sagen, die Kommission sei nicht mehr zeitgemäss, obwohl sie erst zwei Jahre im Stadtrat sind, dann habe ich Mühe. Ich war mindestens drei ganze Legislaturen in dieser Kommission und habe diese Kommission als die wohl konstruktivste parteiübergreifende Kommission erlebt, in der man immer sehr bemüht war, gute Lösungen zu finden. Um was geht es? Bei einer Einbürgerung geht es darum, bei einer gesuchstellenden Person abzu- klären, ob die geforderten Faktoren - wenn ich so sagen darf - erfüllt sind. Da spreche ich von weichen und harten Faktoren. Zu den harten Faktoren zähle ich, ob jemand genug lange in Nidau wohnt, den Sprachtest absolviert hat, wenn es nötig ist, etc. Diese Fragen wurden immer sehr professionell von der Verwaltung abgeklärt. Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt gewesen wären, wäre das Geschäft schon gar nicht in die Einbürgerungskommission gekommen. Die weichen Faktoren konnte man in diesen Gesprächen abklären, was häufig auch sehr emotional war, im positiven Sinn. Personen, die sich richtig auf diese Gespräche gefreut haben und uns zum Teil den Spiegel vorgehalten haben. Nach dem Motto, ihr wisst gar nicht, wie gut es euch allen geht, wenn man dieses und jenes erlebt hat. Ich habe das immer sehr positiv erlebt. Die Leute, die mit mir in der Kommission waren, können dem sicher beipflichten. Nichtsdestotrotz gab es vereinzelte Fälle, bei denen die weichen Faktoren nicht gestimmt haben. Ich kann mich an einen Einzelfall erinnern, wo die Kommission die Einbürgerung nicht empfahl. Es gab Fälle von Personen, die beispielsweise unsere Gepflogenheiten nicht akzeptierten, dass sie aus Prinzip nicht mit Frauen gesprochen haben, sondern nur mit Männern. Solche Geschichten. Ich will das nicht überbewerten, ich spreche hier von Einzelfällen. Wenn wir jetzt die Einbürgerungskommission abschaffen, dann fällt das weg. Es klärt niemand mehr die weichen Faktoren ab. Es gibt Leute, die jetzt grad innerlich aufschreien und sagen, dass das die Verwaltung genau gleich machen wird. Hand aufs Herz, es ist dann wie ein Pendel, das mal in diese Richtung ausschlägt und vielleicht, wenn das Ressort mal auf die bürgerliche Seite wechselt, dann schlägt das Pendel dann in die andere Richtung. Das kann es nicht sein im Sinn einer fairen, langfristig ausgeglichenen sauberen Einbürgerungspolitik. Dass dann eine Person fast das Gefühl haben muss, sie habe gerade die falschen vier Jahre erwischt und wäre vielleicht durchgekommen, wenn jemand anders Ressortvorsteherin oder -vorsteher gewesen wäre, oder umgekehrt. Das sind eigentlich diese Faktoren, die für mich matchentscheidend sind. Wie man auf die Idee der Abschaffung kommen kann, verstehe ich nicht. Ob es tatsächlich Beweggründe sind, dass man schlichtweg nicht mehr genau hinschauen will. Auch wenn das eine kleine Minderheit ist, so finde ich das sehr schlecht. Das ist die inhaltliche Begründung, warum wir als Bürgerliche Fraktion diesen Antrag stellen. Den Antrag selbst werde ich am Schluss vorlesen.

Jetzt gibt es aber noch einen formellen Punkt. Wir sind uns hoffentlich in diesem Rat einig, dass die neue Geschäftsordnung auf der Basis der Rückmeldungen der einzelnen Fraktionen erarbeitet wurde. Das Stadtratsbüro hatte die Kompetenz bei streitigen Punkten die Fraktionsmehrheiten zu berücksichtigen, damit wir heute nicht über jede Variante einzeln abstimmen müssen, das ist sicher sehr zielführend. Bei der Einbürgerungskommission können Sie alle auf der Zusammenstellung in der Beilage, die wir erhalten haben, nachlesen, dass zwei Fraktionen, die SP und GLP für die Abschaffung sind. Wenn sie nicht abgeschafft wird, wollen sie fünf Mitglieder und die anderen drei Fraktionen äussern sich nicht dazu. Das ist ein grosses Rätsel, obwohl es Stefan Dörig zu erklären versuchte, dass offenbar jetzt die Vernehmlassung in diesem Punkt auf die Seite geschoben wird und das Ratsbüro sich die Freiheit nimmt, dort eine interne Abstimmung zu machen und die Einbürgerungskommission herausstreicht. Das ist nicht sauber und nicht fair.

Es ist zu vermuten, wie das entstanden ist. Die SVP und die Bürgerlichen haben die Meinung wohl nicht geändert. Es ist davon auszugehen, dass die Grünen, als sie erfahren haben, dass man die Kommission streichen könnte, ihre Meinung geändert haben und das wurde dann im Ratsbüro

entsprechend gewichtet. Dann hat man wohl formell für das gute Gewissen noch abgestimmt und jetzt kann man sagen, dass im Ratsbüro eine Mehrheit für die Aufhebung gestimmt hat, obwohl in der Vernehmlassung in der zugeordneten Frist etwas anderes herausgekommen ist. Das finde ich höchst bedenklich, es wäre vielleicht schon fast genug für ein Referendum. Deshalb ist es auch
200 formell nicht korrekt, wenn die Einbürgerungskommission nicht mehr in der neuen Geschäftsordnung drin ist. Uns bleibt nichts mehr anderes übrig, als einen Versuch zu starten, diese Artikel wieder reinzunehmen. Ich bin dann gespannt darauf, zuerst von jener Person eine Stellungnahme zu erhalten, die das Geschäft im Ratsbüro vertritt. Aber selbstverständlich von allen hier, was man zu diesem Vorgehen denkt.

205 Der Antrag ist einfach. Es geht um die Wiederaufnahme der beiden Artikel 56 und 57 in die neue revidierte Geschäftsordnung. Die Basis davon ist der Entwurf, den wir alle im Rahmen der Vernehmlassung erhalten haben. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Mitglieder heute dieses Exemplar noch vorhanden haben. Darum hat Stephan Ochsenbein diese Seite bereit gemacht, dass man sie verteilen könnte. Ich werde nun nicht die ganzen zwei Artikel hier vorlesen. Aber
210 wir wissen ja, worum es geht. Wie gesagt, Artikel 56 und 57 aus der Vernehmlassungsvorlage wieder reinzunehmen. Ich stelle es mir so vor, dass wir es in zwei Punkte aufteilen. Punkt a) würde lauten, dass wir grundsätzlich diskutieren, ob die Einbürgerungskommission beibehalten werden soll und stimmen darüber ab. Falls der Antrag nicht angenommen wird, ist es erledigt und es folgt die Diskussion über die vorliegende Vorlage. Falls der Antrag angenommen wird, d.h. die
215 Einbürgerungskommission beibehalten wird, folgt Punkt b) mit dem geregelt wird, wie viele Mitglieder. Dort lautet der Antrag 7 Mitglieder, weil wir das auch so eingegeben haben. Anschließend müssten noch die Artikelnummer ab Kapitel 5 neu durchnummeriert werden und zum Schluss müsste man noch im Kapitel 10 bei den Übergangsbestimmungen Artikel 101 streichen. Das könnte alles an das Ratsbüro delegiert werden und das Geschäft könnte trotzdem am 1. Januar 2014 in Kraft treten. Ich wiederhole noch einmal: Punkt a) der Antrag, dass man die Kom-
220 mission wieder reinnimmt mit Artikel 56 und 57. Wir diskutieren und stimmen ab. Je nach Resultat ist es dann erledigt, oder wir bestimmen noch die Anzahl Mitglieder. Ich freue mich auf Ihre Argumente und Voten und danke, wenn Sie das unterstützen können.

225 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke Thomas Spycher. Beim Vorschlag zur Abänderung geht es im ersten Teil darum, ob man die Einbürgerungskommission beibehalten möchte. Im Fall einer Annahme gibt es eine weitere Abstimmung. Wir werden jetzt die Diskussion eröffnen für den ersten Teil, der Erhalt der Einbürgerungskommission. Zuerst wünscht Stefan Dörig des Stadtratsbüros das Wort.

230 **1. Vizepräsident, Stefan Dörig:** Vielen Dank für das Votum. Ich möchte nur auf einen Punkt nochmals eingehen. Und zwar wie wir mit den Vernehmlassungsantworten umgegangen sind. Es ist tatsächlich so, dass nur zwei Parteien sich dafür ausgesprochen haben, die Einbürgerungskommission abzuschaffen. Wir haben das im Stadtratsbüro besprochen und dabei hat sich herausge-
235 stellt, dass von den Vertretenden der Parteien innerhalb des Stadtratsbüros sich alle ausser eine Fraktion für die Abschaffung geäußert haben. Ich habe von einer grossen Mehrheit gesprochen, die sich für eine Abschaffung der Einbürgerungskommission ausgesprochen hat. Ich glaube, die Mehrheitsverhältnisse waren im Stadtratsbüro einigermaßen klar. Unsere Aufgabe war es doch auch, die Mehrheitsverhältnisse im Rat bereits zu antizipieren und nicht mit einem Vorschlag zu kommen, der dann eben zu einem Antrag geführt hätte und entgegen der Mehrheit gewesen
240 wäre. Dies einfach zur Komplettierung.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Die Diskussion ist jetzt eröffnet. Es geht um den Erhalt oder die Abschaffung der Einbürgerungskommission. Wünscht jemand das Wort? Bitte Noemi Kallen für die SP-Fraktion.

Noemi Kallen, SP: Ich mache es kurz. Die SP-Fraktion findet eine Beibehaltung der Einbürgerungskommission ist ein Ja zu ineffizienten politischen Abläufen und ein Ja zu einem Festhalten an einem veralteten Demokratieverständnis. Wir finden die Entscheidungskompetenz ist jetzt ohnehin schon beim Gemeinderat und wir finden, der Gemeinderat entscheidet gut. Auch wenn es diese Soft-Faktoren gibt, sind wir sicher, dass unsere gewählten Gemeinderatsmitglieder sehr kompetent sind und das umsetzen können.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte als nächstes Monika Stämpfli.

Monika Stampfli, GLP: Liebe Anwesende hier und zuhause. Die neue Fraktion der Grünliberalen, die noch nicht mal zwei Jahre im Stadtrat in diversen Kommissionen mitarbeitet, möchte gerne die Verwaltung entschlacken und alte Zöpfe abschneiden. Auch wenn das, nicht nur im Zusammenhang mit der Einbürgerungskommission, jeweils allenfalls zu Ängsten führen kann. Die Einbürgerungskommission ist unseres Erachtens noch so ein Zopf, den wir hinterfragen. Sie müssen sich vorstellen, die Menschen, die sich einbürgern lassen möchten, haben die Chance, während 10 bis 15 Minuten sich der Einbürgerungskommission vorzustellen, damit diese dann die weichen Faktoren eruieren kann. Wir sind der Meinung, dass die 15 Minuten es nicht einmal zulassen, eine fundierte Einschätzung von den weichen Faktoren zu machen. Entsprechend möchten wir diesen Zopf zu Gunsten einer Entlastung abschneiden und dieser Auflösung zustimmen.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Wünscht jemand anderes noch das Wort? Bitte Thomas Spycher.

Thomas Spycher, FDP: Ich möchte nur kurz sagen, Stefan Dörig ist zu 100 Prozent einer Antwort schuldig geblieben. Wenn die Vernehmlassung klar ist, gibt es keinen Grund, dass man es im Ratsbüro neu aufrollt und sich dann auf eine Mehrheit beruft, wenn auch das Ratsbüro bei einer Vernehmlassung eigentlich andere Regeln einführt. Egal, ob die grosse Mehrheit dafür gewesen war. Warum gerade dieser Punkt, weil man offenbar festgestellt hat, dass da nach der Frist ein Meinungsumschwung stattgefunden hat. Das ist nicht zulässig, dass man dann in diesem Punkt die Regeln ändert und sagt, man gewichte die Mehrheit im Ratsbüro höher als die Vernehmlassung, die gemacht wurde. Sonst hören wir auf mit Vernehmlassungen, wenn es dann quasi nach Gutdünken wieder abgeändert wird, weil neue Informationen vorhanden sind. Das ist nicht plausibel, ich habe es schon verstanden, dass das Ratsbüro offenbar grossmehrheitlich für die Abschaffung war. Aber das tut nichts zur Sache. Wenn die Umfrage klar ist, hat sich das Ratsbüro gar nicht anders dazu zu äussern.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Wünscht jemand anderes das Wort? Bitte Leander Gabathuler.

Leander Gabathuler, SVP: Guten Abend. Ich halte es kurz. Überlegen Sie sich einfach, was die Funktion einer Kommission ist. Nicht nur der Einbürgerungskommission. Aus meiner Sicht ist die Funktion unserer Kommissionen, dass man die Qualität von Entscheiden verbessern und breit abstützen kann. Das ist die Aufgabe der ISK, der GPK, der AK und auch der Einbürgerungskommission. Wenn jetzt diese Kommission abgeschafft würde, befürchte ich wie Thomas Spycher, dass

einfach eine gewisse Willkür bei den Antragsstellenden entstehen könnte. Wie Thomas Spycher ausgeführt hat. Wenn man Pech hat, stellt man in den falschen vier Jahren das Gesuch und wird abgelehnt, während man in den nächsten vier Jahren mit einer anderen Ressortvorsteherin oder einem anderen Ressortvorsteher durchkommen würde. Aus meiner Sicht kann es nicht Sinn und Zweck eines fairen Einbürgerungsverfahrens sein. Die Einbürgerungskommission ist aus meiner Sicht nach wie vor nötig, um korrigierend einzugreifen, falls es ab und zu mal nötig wäre. In die eine oder andere Richtung. In diesem Sinn würde ich auch für die Beibehaltung der Einbürgerungskommission stimmen.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Wünscht noch jemand anderes das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen somit über den ersten Teil dieses Antrags zur Beibehaltung der Einbürgerungskommission ab.

Der Antrag, die Einbürgerungskommission beizubehalten, wird mit 17 Nein / 10 Ja abgelehnt.

Es folgt die allgemeine Diskussion über die Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrats. Die Diskussion ist eröffnet. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Möchte der 1. Vizepräsident das Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Die neue Geschäftsordnung gemäss beiliegendem Entwurf wird mit 17 Ja / 6 Nein / 4 Enthaltungen genehmigt. Soweit mit der neuen Geschäftsordnung die bisherigen Kommissionsreglemente aufgehoben werden, unterliegt der Beschluss des Stadtrats dem fakultativen Referendum.
2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtkanzlei, den Beschluss gemäss Artikel 103 der Geschäftsordnung im amtlichen Publikationsorgan bekanntzumachen.
3. Die Motion M 206 Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates (SR 151.1) wird einstimmig abgeschrieben.
4. Die Motion M 200 Einführung eines Livestreams für Stadtratssitzungen wird einstimmig abgeschrieben.

3. Finanzstrategie - Kenntnisnahme

Ressort
Sitzung

Finanzen
21.09.2023

nid 9.1.1.0 / 12

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir gelangen zu Traktandum 3, die Finanzstrategie. Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Beat Cattaruzza.

Ressortvorsteher Finanzen, Beat Cattaruzza: Liebe Präsidentin, werte Anwesende. Die Finanzstrategie, wie ich sie seit eineinhalb Jahren erlebe, macht extrem Spass. Wir hatten gestern Sitzung mit der parlamentarischen Gruppe und ich möchte Ihnen kurz schildern, wie sich der ganze Weg ereignete. Wir hatten im Februar 2022 die erste Sitzung, an der wir die Legislaturziele definierten. Eines der wichtigsten Ziele war es, eine Finanzstrategie zu entwickeln. Ich habe wahrgenommen, dass das in Vergangenheit ein wichtiges Thema war und nach der Ablehnung von AGGLOlac war klar, dass wir schauen müssen, wie es weitergeht. Im Frühjahr 2022 haben

335 wir ein professionelles Büro engagiert mit Joel Haueter, der eine enorm gute Erfahrung hat. Da er
auch andere Gemeinden betreut, können wir den Benchmark betrachten, Vergleiche setzen, was
ein wichtiger Punkt ist in diesem ganzen Prozess. Im Juni 2022 hatten wir ein erstes Abbild, wo
wir stehen und wie es in Zukunft aussehen könnte. Wir haben mit der Verwaltung zusammenge-
arbeitet und wir haben danach im August 2022 die parlamentarische Gruppe ins Leben gerufen.
340 Ich glaube, das war enorm entscheidend. Alle haben sich am Prozess beteiligt, die Verwaltung,
Joel Haueter und die parlamentarische Gruppe. Ich möchte an dieser Stelle allen herzlich danken.
Es war wichtig, Transparenz zu schaffen und ein Abbild zu erarbeiten, das wir Ihnen nun präsen-
tieren können. Ich glaube es ist in der Finanzstrategie relativ einfach zu sehen, dass grundsätzlich
2 Millionen Franken fehlen, wenn wir in Zukunft gesunde Finanzen wollen. Es ist noch nicht enorm
345 dringlich, wie das vielleicht in anderen Gemeinden der Fall ist. Aber wir sind jetzt doch an einem
Punkt, in einer entscheidenden Phase, in der wir den Fokus darauflegen, in Nidau gesunde Finan-
zen zu haben. Gestern hatten wir wie erwähnt die parlamentarische Gruppe und ich kann Ihnen
jetzt schon sagen, dass wir im Budget 2024 versucht haben, sehr genau zu budgetieren. Wir ha-
ben geschaut, was wir machen können, und ich glaube, die parlamentarische Gruppe war sehr
350 zufrieden. Sie haben das auch zur Kenntnis genommen. Ich möchte an dieser Stelle noch etwas
sagen, das mir sehr wichtig ist. Wir haben noch keine wesentlichen politischen wichtigen Punkte
gestrichen. Wir haben nur sachlich geschaut, wie das Abbild aussieht, wo mögliche Differenzen
sind, die wir in den letzten Jahren nicht ganz genau budgetiert haben. Dieses Abbild haben wir
erhalten und konnten schon einen kleinen Erfolg erzielen. Die Punkte, die wir am Erarbeiten sind,
355 werden wir zusammen anschauen müssen. Darauf werden wir auch warten, bis wir den Abschluss
2023 haben, damit wir die Vergleiche machen können. Es macht richtig Freude, darum habe ich
eingangs gesagt, es mache Spass, zusammen diese Transparenz zu haben. Wie schon erwähnt,
danke ich der Verwaltung, dem Gemeinderat und der parlamentarischen Gruppe, dass wir diesen
Prozess starten konnten. Er steht erst am Anfang, aber ich glaube, wir sind auf dem richtigen
360 Weg.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Der Stadtrat nimmt Kenntnis der Finanzstrategie.
Das heisst, es gibt keine Abstimmung. Aber die Diskussion ist eröffnet. Ich gebe das Wort an die
Geschäftsprüfungskommission, Paul Blösch.

365 **Sprecher GPK, Paul Blösch:** Guten Abend. Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Informati-
onen und Unterlagen vorliegen. Darum empfiehlt sie dem Stadtrat einstimmig, das Geschäft zu
behandeln und in die Diskussion einzusteigen. Die GPK hat auf alle wichtigen Fragen eine Antwort
erhalten und beurteilt die vorliegende Finanzstrategie als sinnvolles Arbeitsinstrument. Es ist ver-
ständlich und zeigt auf, wo man genau hinschauen möchte. Der GPK ist es auch wichtig festzuhal-
370 ten, dass den neuen Stadtratsmitgliedern diese Finanzstrategie zur Verfügung gestellt werden
soll.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Ich erteile direkt das Wort für die Fraktion
375 Grüne/EVP.

Fraktion Grüne/EVP, Paul Blösch: Danke. Ich spreche noch als Sprecher der Fraktion
Grüne/EVP. Auch wir begrüssen die Finanzstrategie und finden, es ist ein gutes Mittel im Ringen
um gesunde Finanzen. Wir sind uns aber bewusst, dass jede Strategie nur so gut ist, wie ihre An-
wendung. Die Fraktion Grüne/EVP ist zuversichtlich, dass mit diesem Instrument die Vorausset-
380 zungen geschaffen werden, dass man auch bei den Finanzen auf einen gut schweizerischen Kom-
promiss hinwirken kann. Danke fürs Zuhören.

385 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Wird das Wort von jemand anderem gewünscht?
Das ist nicht der Fall.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Stadtordnung:

1. Die Finanzstrategie der Stadt Nidau wird zur Kenntnis genommen.

4. Prüfung Rechtsformänderung Elektrizitätsversorgung Nidau - Verpflichtungskredit

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
21.09.2023

390 nid 0.2.2 / 4.2

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir gelangen zu Traktandum 4, die Prüfung der Rechtsformänderung für die Elektrizitätsversorgung in Nidau inklusive einem Verpflichtungskredit von 138 500 Franken. Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Tobias Egger.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger: Sehr verehrte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Zuschauende zu Hause. Ich habe heute die Freude, Ihnen ein sehr wichtiges Geschäft für die Stadt Nidau unterbreiten zu dürfen. Zwar geht es um unser EW, oder wie es richtig heisst, EVN. Wir möchten Ihnen vorschlagen, eine Rechtsformänderung zu prüfen und die nötigen Schritte dafür einzuleiten. Das Projekt und die Überlegungen beschäftigten den Gemeinderat schon rund zwei Jahre, bevor ich in diesem Gremium Einsitz nahm, also vor vier Jahren wurde das Vorhaben gestartet. Mit Beginn der neuen Legislatur hat der Gemeinderat in neuer Zusammensetzung die Stossrichtung nochmals diskutiert und geprüft, ob wir im Wesentlichen zu den gleichen Schlüssen kommen. Ich denke, das war sehr wertvoll, weil man in den letzten zwei Jahren gesehen hat, wie dynamisch das Umfeld ist, dieser Markt und allgemein die Bedingungen im Energiegeschäft. Dass sich dort sehr schnell vieles verändern kann und auch Dinge passieren können, die nicht so zu erwarten waren. Auch unter diesen geänderten Voraussetzungen, extern und in der Zusammensetzung im Gremium, kamen wir zum gleichen Resultat. Nämlich, dass eine Rechtsformänderung der richtige Weg ist. Wir werden agiler und sind gerüstet für die Zukunft, damit wir gut aufgestellt sind und schneller auf Veränderungen reagieren können. Das war das erste Resultat. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu sagen, was wir ausgeschlossen haben. Für den Gemeinderat war ein Verkauf oder eine Verpachtung ausgeschlossen. Das war relativ klar, da mussten wir nicht lange diskutieren, sondern waren uns sehr einig. Einfach, weil ein EW meistens zum politischen Tafelsilber gehört. Es gehört auch zu jenen Bereichen, wir haben vorher von der Finanzstrategie gehört, in denen man in Bezug auf die Gemeindefinanzen noch am meisten Einfluss hat. Das ist ein sehr grosser Hebel. Mit einem Verkauf hätte man den selbstverständlich nicht mehr. Es gäbe zwar ein einmaliges Entgelt, aber es wäre nicht das Gleiche, wie man heute auf die Tarifstruktur Einfluss nehmen kann. Dadurch können wir direkt bestimmen, wieviel die Gemeinde damit einnimmt. Bei einer Verpachtung würde man auch sehr vieles aus der Hand geben, weil natürlich der Pächter selbst entscheiden könnte, wie er das genau handhaben möchte. Darum war klar, dass nur eine Rechtsformänderung im Sinn einer AG oder einer öffentlichen Anstalt in Frage kommt. Am Schluss war doch die AG das Instrument, das uns am meisten überzeugte. Auch kurz angedacht, mindestens im Hinterkopf war die Idee einer Genossenschaft, aber dort haben wir das Problem, dass wir alles aus der Hand geben,

weil dann alles der Genossenschaft gehört. So würde man eigentlich alles verschenken. Noch kurz, wieso wir grundsätzlich diesen Weg eingeschlagen haben. Die AG hat verschiedene Vorteile. Einer davon ist, dass Beteiligungen möglich sind. Sie kann sich an Dritten beteiligten oder Dritte könnten sich in Theorie auch an der AG beteiligen, selbst wenn das nicht vorgesehen ist. Ein anderer gewichtiger Vorteil ist natürlich, dass die AG im Obligationenrecht geregelt ist und man dadurch einen sehr geringen Regelungsaufwand hat und man nicht, wie bei einer Anstalt, sehr genau und ausführlich definieren muss, wie das Konstrukt dann funktionieren soll. Also sparen wir uns dort sehr viel Arbeit. Es gab noch ein paar Fragen der GPK, die ich schriftlich beantwortet habe. Wenn dazu nichts mehr ist, werde ich das so belassen. Wenn es sonst noch Fragen gibt, stehen wir gerne zur Verfügung. Danke.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Für die Geschäftsprüfungskommission wird sich Tobias Soder als erstes äussern, dann folgt die SVP-Fraktion mit Markus Baumann, die Bürgerliche Fraktion mit Martin Fischer, Paolo Induni für die Fraktion Grüne/EVP und Philip Ledermann für die Grünliberalen sowie Hugo Liechti für die SP-Fraktion. Danke dass Sie sich vorbereiten.

Sprecher GPK, Tobias Soder: Werte Stadtpräsidentin, werte Gemeinderatsmitglieder und Stadtratsmitglieder, Zuhörende und Zuschauende sowie Vertretende der Stadtverwaltung. Die GPK dankt für die klare Kostenaufstellung, was die Zusammenfassung mit und ohne Mehrwertsteuer angeht. Das war ein paar Mal ein Thema. Verständnisfragen konnten schlüssig beantwortet werden. Wir möchten noch darauf hinweisen, dass es einen Schreibfehler gegeben hat, der aufgefallen ist. Bei den Auswirkungen auf das Finanzhaushaltsgleichgewicht, haben sich die 15 927.50 eingeschlichen, statt den 29 777.50, die eigentlich die Summe sind. Das aufgrund einer Anpassung der Abschreibungsdauer. GPK übergibt das Geschäft einstimmig dem Stadtrat.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte Markus Baumann für die SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Markus Baumann: Guten Abend auch von meiner Seite. Wir befürworten, dass der Gemeinderat eine Rechtsformänderung vom EW Nidau detailliert prüfen möchte. In Anbetracht der bevorstehenden Strommarktliberalisierung und der aktuellen provisorischen externen Geschäftsführung, ist es notwendig, dass das EW für die Zukunft solid ist und eine langfristig nachhaltige Lösung findet. Für uns ist klar, dass das EW fest in Nidauer Hand bleibt und wir stellen zufrieden fest, dass der Gemeinderat das auch so sieht. Über die künftige Rechtsform und Organisation können wir dann im Rat diskutieren, sobald die skizzierten Varianten im Detail vorliegen.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte Martin Fischer für die Bürgerliche Fraktion.

Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer: Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu. Uns ist es wichtig, dass wir für die Zukunft eine agile flexible Organisation haben, welche die Herausforderungen, die wir in Zukunft haben werden, erfüllen kann. Der Status Quo, wie wir ihn heute haben, ist nicht mehr haltbar. Wir werden in unserem EW riesige technische Veränderungen haben, die wir in der heutigen Form nicht bewältigen können. Für uns ist es nur innerhalb einer flexiblen agilen Organisation möglich zu bewältigen, wie es eine AG ist. Wir werden es auch nicht allein machen können, wir müssen die Möglichkeit haben, mit anderen zu kooperieren. Anders können wir die Energiestrategie 2030 nicht erfüllen. Es ist schon jetzt fünf nach zwölf und wenn wir jetzt noch herumeiern, werden wir es nie erreichen. Für das Klima müssen wir diese Vorlage annehmen.

475 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Bitte Paolo Induni für die Fraktion Grüne/EVP.

Fraktion Grüne/EVP, Paolo Induni: Guten Abend. Für unsere Fraktion ist es auch klar, dass der Status quo nicht optimal ist. Eine andere Form ist wünschenswert. Unsere Fraktion ist mehrheitlich für diese Änderung.

480

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte Philipp Ledermann für die Grünliberalen.

GLP-Fraktion, Philipp Ledermann: Guten Abend. Die Fraktion der jungen GLP, nicht weil wir jung sind, sondern weil wir noch nicht lange hier im Rat sind, wird diesen Kredit einstimmig ablehnen. Und zwar weil wir mit der eingeschlagenen Stromversorgungsstrategie nicht einverstanden sind. Ich möchte mich gerne nochmal äussern, ich habe mich vor mehr als einem Jahr bereits an der Stadtratssitzung vom 16. Juni 2022 geäussert. Wie wir gehört haben, hat sich der Strommarkt in der Schweiz bereits in den letzten Jahren stark verändert. Die Dynamik in der Stromwelt wird sich weiter beschleunigen und die Tragweite ist heute nicht absehbar oder abschätzbar. Zudem werden die regulatorischen Anforderungen weiter zunehmen. Von der EU in die Schweiz und von Bundesebene auf die Gemeindeebene. Wir sind der Meinung, dass sich eine kleine EV Nidau in diesem dynamischen Umfeld mit diesem komplexen Markt schwer behaupten und ein gutes Optimum für die Bevölkerung und Firmen liefern kann in dieser kleinen Stadt. Wir sind der Meinung, eine Kooperation mit einer grossen Energieversorgung, die schon Erfahrungen und grosses Knowhow hat, ist sicher ein besserer Weg, als das ganze Rad selbst neu zu erfinden und die Erfahrungen zu machen. Wir sind der Meinung, dass die Strategie unter den heutigen neuen Rahmenbedingungen nochmals neu geprüft werden muss und dass eventuell eine befristete Verpachtung oder ein Verkauf nochmal geprüft werden sollte. In diesem Sinn bitten wir den Gemeinderat, die Auslegeordnung nochmals zu machen und diese Punkte aufzunehmen.

500

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte Hugo Liechti für die SP-Fraktion.

SP-Fraktion, Hugo Liechti: Guten Abend. Die SP Nidau stimmt diesem Geschäft zu. Wir bevorzugen eine AG, die vollständig im Besitz der Stadt Nidau bleibt. Ausserdem ist es wichtig, dass dann auch die Anstellungsbedingungen gleich sind, wie bei der Stadtverwaltung Nidau.

505

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Die Diskussion ist jetzt eröffnet und wir diskutieren das Geschäft. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat Tobias Egger nochmals das Wort? Bitte.

510

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger: Ich mache es kurz. Es wurde von Auslegeordnung gesprochen, um das nochmals anzuschauen. Der Gemeinderat hat sich jetzt fast vier Jahre damit auseinandergesetzt, eine wirklich sehr detaillierte Auslegeordnung gemacht und hat alle Optionen geprüft. Auch gerade, weil die Verpachtung immer wieder angesprochen wurde, auch in der Infrastrukturkommission. Der Gemeinderat hat das seriös studiert. Es wurde gesagt, es sei für ein kleines Energieversorgungsunternehmen schwierig, sich zu behaupten, das ist sicher so. Beteiligungen wurden angesprochen, das wäre genau etwas, was mit einer AG möglich wäre. Was für uns als Gemeinderat ausschlaggebend ist, und das ist der Grund für unsere unterschiedliche Meinung oder wieso wir eben nicht für eine Verpachtung oder einen Verkauf sind, ist, dass wir die Tarifstruktur nicht einfach aus der Hand geben wollen. Beispielsweise hätte der Gemeinderat die Tarife viel mehr erhöhen können, aber der Gemeinderat hat Augenmass bewiesen

520

und gesagt, dass man die Zielgrösse der Finanzstrategie leicht unterschreitet und ein Minus in Kauf nimmt - man nicht so viel einnimmt, wie man könnte, weil wir sagen, es wird alles teurer und wir können der Bevölkerung nicht noch mehr aufbürden. Einem Pächter ist das egal. Wenn
 525 wir es verkaufen sowieso, dann macht er die Marktpreise und glättet nicht mehr. Ich glaube, das ist für uns der Hauptgrund, wieso diese Optionen nicht in Frage kommen.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Wir kommen also zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

530 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 21 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Die Prüfung einer Rechtsformänderung der Elektrizitätsversorgung Nidau wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von 138 500 Franken inkl. MWST bewilligt.
- 535 2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

540 **5. M 204 «CHF 46'600.-: ist das zu teuer für 25% der Bevölkerung in Nidau?» – Fristverlängerung**

Ressort
Sitzung

Präsidiales
21.09.2023

nid 0.1.6.2 / 5.10

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir gelangen zum Traktandum 5, die Motion 204,
 545 «46'600.-: ist das zu teuer für 25% der Bevölkerung in Nidau?». Da es meine Motion ist, übergebe ich das Wort für die Sitzungsleitung an meinen Vizepräsidenten.

1. Vizepräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Ich erteile das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

550 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebes Publikum zu Hause, guten Abend auch von mir, auch wenn der Abend schon vor längerer Zeit angefangen hat, mindestens hier an dieser Sitzung. Am 18. November 2021 hat der Stadtrat die Motion von Pauline Pauli angenommen, nämlich dass die Webseite der Stadt Nidau auf Französisch übersetzt werden soll. Der Gemeinderat hat damals gesagt, dass wir das machen
 555 wollen, und zwar bei der Totalrevision der Webseite werden wir dieses Anliegen umsetzen und die Webseite gleich in einer zweisprachigen Struktur anlegen. Sie können sich vorstellen, es ist nicht ganz ein einfaches Projekt, es ist eine grössere Geschichte. Im Zeitalter der Digitalisierung hat eine Webseite eine zentrale Funktion und die Gesamterneuerung dieser Webseite ist ein grösseres Projekt. Deshalb beantragen wir für die Umsetzung eine Fristverlängerung. Das Informationsan-
 560 gebot, das wir im Moment auf der Webseite haben, umfasst über 300 Unterseiten. Und in Zukunft, wenn wir alle Dienste, die wir in der Verwaltung haben, digital anbieten werden, wird die Webseite zum Dreh- und Angelpunkt vom digitalen Service Public. Darum können Sie sich vorstellen, dass so eine Gesamterneuerung auch beträchtliche finanzielle und personelle Ressourcen brauchen wird. Der Gemeinderat hat eine Digitalisierungsstrategie verabschiedet und hat dort

565 eine Umsetzungsroadmap gemacht. Die Gesamterneuerung der Webseite wurde dort eingebettet und es ist vorgesehen, diese im Jahr 2024 in Angriff zu nehmen und 2025 abzuschliessen. Sie werden in der November-Sitzung sehen, dass wir im Investitionsprogramm auch die entsprechenden Mittel eingesetzt haben. Aus diesem Grund erachten wir es nicht als zielführend, einfach
570 «statisch» Inhalte der Webseite zu übersetzen. Das wird dem Anliegen nicht gerecht und es wäre auch kein richtiger Umgang mit den Ressourcen. Darum beantragen wir, diese Frist bis Ende 2025 zu verlängern, so dass wir gerade in der Gesamterneuerung der Webseite, dieses Anliegen aufnehmen können.

1. Vizepräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Das Wort hat die Motionärin Pauline
575 Pauli.

Motionärin, Pauline Pauli: Danke Frau Stadtpräsidentin. Natürlich bin ich enttäuscht, weil ich mit gewünscht hätte, dass die Webseite schneller übersetzt wird. Trotzdem war der Gemeinderat hier immer klar, dass dies in die Überarbeitung der Webseite integriert wird. In diesem Sinn bin
580 ich zufrieden, dass wir das Französische nicht vergessen, und ich freue mich, auf das Resultat. Danke.

1. Vizepräsident, Stefan Dörig: Danke Pauline Pauli. Verlangt jemand eine Diskussion? Das ist nicht der Fall. Möchte die Stadtpräsidentin ein Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Dann
585 schreiten wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Art. 34 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

590 1. Für die Motion 204 wird in Bezug auf das Anliegen einer zweisprachigen Struktur der Website der Stadt Nidau eine Fristverlängerung bis Ende 2025 gewährt.

1. Vizepräsident, Stefan Dörig: Ich gebe das Wort zurück an die Stadtratspräsidentin Pauline Pauli.

595 **6. P 232 Städtepartnerschaft mit der Ukraine**

Ressort
Sitzung

Präsidiales
21.09.2023

nid 0.1.6.2 / 7.2

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir gelangen zum Traktandum 6, das Postulat 232, Städtepartnerschaft mit der Ukraine. Ich erteile das Wort der Stadtpräsidentin.
600

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Danke Frau Stadtratspräsidentin. Meine Damen und Herren, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist schrecklich und das Leid, das die Menschen in der Ukraine ertragen müssen, macht uns alle betroffen. Wir alle fragen uns jeden Tag, wenn wir die Bilder der zerstörten Städte im Fernsehen oder der Zeitung sehen, wie man helfen kann. Das
605 Postulat macht einen Vorschlag in diesem Sinn und sagt, gründen wir doch eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine. Der Gemeinderat kann dieses Anliegen gut nachvollziehen, ist aber der Meinung, dass es nicht das richtige Instrument ist. Bei einer Städtepartnerschaft geht es um Erfahrungsaustausch. Es geht um praktische Wissensvermittlung, um Austausch zwischen Behörden und der Bevölkerung. Und es geht darum, dass man sich mit Rat und Tat zur Seite

steht, sich mit Geld, mit Material, Knowhow oder am liebsten mit allem, aushilft. Oder, wie im Fall unserer Städtepartnerschaft mit Schliengen, kann es auch einfach nur um einen geselligen Austausch gehen. Gesellige Anlässe sind wohl hier im Moment nicht im Vordergrund, darum gehe ich jetzt nicht weiter darauf ein, wieso es auch dort Vorbehalte gäbe. Es ist doch immerhin eine sehr grosse Distanz. Wir sind darauf eingegangen in der Beantwortung dieses Vorstosses, was Sie dort auch nachlesen können oder sicher bereits gelesen haben. Hier geht es also um die Frage, ob man humanitäre Hilfe leisten kann, kann man Geld, Güter oder Fachwissen schicken. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen, kann die Stadt Nidau keinen substanziellen Beitrag leisten. Die frei verfügbaren Mittel aus unserem Steuerhaushalt sind beschränkt und wir sehen auch keinen Weg, wie wir mit personellen Ressourcen oder mit Material Unterstützung leisten könnten. Unter solchen Voraussetzungen eine Städtepartnerschaft mit einem kriegsversehrten Land einzugehen, wäre also ein rein symbolischer Akt. Jetzt kann man natürlich sagen, ja das reicht doch, machen wir diesen symbolischen Akt und setzen wir das Zeichen der Solidarität. Aber dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn wir das machen, was kommt dann danach? Eine Städtepartnerschaft würde Erwartungen wecken, die wir nicht erfüllen könnten. Ich glaube nicht, dass es das Zeichen wäre, das wir von Nidau aussenden möchten und ich glaube auch nicht, dass es das Zeichen war, das die Unterzeichnenden des Postulats aussenden wollten. Wenn wir ins Ausland schauen, ist es anders, dort rufen zum Teil die Regierungen unter den Gemeinden und Städten aktiv zu Städtepartnerschaften auf. Aber dazu muss man wissen, dass die Regierungen - gerade Deutschland - den Gemeinden das Geld zur Verfügung stellt. Sie sagen, die Gemeinden haben bessere Kontakte und können das besser machen als auf Bundesebene. Sie sagen dort, dass sie die Ressourcen in die Gemeinden geben und sie das machen sollen. Bei uns ist es umgekehrt, bei uns koordiniert der Bund die Hilfsleistungen. Die Ukraine ist ein Schwerpunktland der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Die Schweiz arbeitet eng mit örtlichen Behörden, anderen Geberländern, mit internationalen Organisationen und auch spezialisierten Nicht-Regierungsorganisationen zusammen. Bei uns ist es also eben gerade nicht vorgesehen, dass Gemeinden selbst aktiv werden auf Behördenebene. Selbstverständlich ist es aber möglich für die Zivilbevölkerung und auf privater Basis Kontakte zu knüpfen, zu pflegen und auch entsprechend zu helfen. Gerade hier in Nidau bestehen viele persönliche Kontakte zur Ukraine und die werden auch sehr intensiv gepflegt. Die Stadt Nidau unterstützt das im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Ein gutes Beispiel für die gelebte Unterstützung innerhalb der Bevölkerung ist der Anlass, den es jetzt in der Dispo schon zum zweiten Mal gegeben hat, zur Unterstützung und als gesetztes Zeichen für die ukrainische Bevölkerung. Stadt Nidau hat diesen Anlass damals über Social Media der Bevölkerung bekannt gemacht. Darum das Fazit des Gemeinderats: Wir verstehen die Absicht zu helfen, wir lehnen den Vorstoss einer vertieften Überprüfung einer Städtepartnerschaft mit der Ukraine aber aus den genannten Gründen ab. Darum bitte ich Sie, diesen Vorstoss abzulehnen.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Ich übergebe das Wort dem Postulanten Stefan Dörig.

Postulant, Stefan Dörig: Liebe Anwesende. Ich möchte mich im Namen aller Unterzeichnenden für die ausführliche Beantwortung des Postulats bedanken. Wir können die Argumente des Gemeinderats grösstenteils nachvollziehen. Und ich spreche hier von wir, weil wir vier Postulanten sind. Zwei sind heute nicht hier und beim vierten im Bunde bin ich nicht sicher, ob er dann nicht auch kalte Füsse bekommt bei der Abstimmung. Was wir bedauern, ist das starre und veraltete Verständnis einer Städtepartnerschaft, das der Argumentation zu Grunde liegt. Der Gemeinderat stellt in seiner Antwort zu Recht die Frage, ob diese Modelle noch zeitgemäss sind. Vielleicht sollte man es auch anders nennen als Städtepartnerschaft. Wir glauben auch, dass alternative Modelle

denkbar sind, wenn man sich ernsthaft darum bemüht. Es geht hier nicht um eine Partnerschaft in der Form von Schliengen oder in Form einer finanziellen Entwicklungshilfe für die Ukraine. Auch
660 kann der persönliche Austausch heutzutage viel einfacher, ohne teure Reiserei erfolgen. Worum es gehen könnte, ist die institutionelle Unterstützung von privaten oder vielleicht halbprivaten Projekten, sowie gegebenenfalls um Sachhilfen, wo möglich und wo keine zusätzlichen Kosten entstehen. Leider geht der Gemeinderat auch mit keinem Wort auf den Nutzen einer Partnerschaft für die Stadt Nidau ein. Die Ukraine ist kein Entwicklungsland. Man spricht Englisch und
665 glaubt mir, von vielen ukrainischen Städten kann Nidau, zum Beispiel bei der digitalen Verwaltung, einiges lernen. Ein bisschen mehr Offenheit wäre hier meinerseits angebracht. Die solidarische Unterstützung, vom Gemeinderat als Symbolpolitik bezeichnet, ist mindestens ebenso wichtig. Als wäre Politik nicht oft Symbolpolitik und als wäre Symbolpolitik nicht wirkungsmächtig. Glauben Sie mir, was hier diskutiert und entschieden wird, wird von vielen Ukrainerinnen und Ukrainern wahrgenommen. Wir haben volles Vertrauen in den Gemeinderat, dass er mit ein bisschen Fantasie und vor allem mit gutem Willen auf sinnvolle umsetzbare Ideen kommt. Gerne bieten wir unsere Mitwirkung bei der Beantwortung des Postulats an und wenn dann auch rauskommt, dass es bessere Möglichkeiten der Unterstützung gibt oder dass man das Ding dann anders nennen will als «Städtepartnerschaft», dann sind wir ja auch zufrieden. Wir sind überzeugt,
675 dass viele Nidauerinnen und Nidauer ein Engagement ihrer Stadt begrüßen würden und bitten den Stadtrat, das Postulat zu überweisen. Noch ein kleiner Nachtrag: In den Diskussionen der letzten Tagen habe ich viele konstruktiv kritische Stimmen gehört und ich würde mich freuen, wenn sich diese Stimmen hier auch im Plenum äussern würden und sich insbesondere auch dazu äussern würden, welche alternative Form der Unterstützung der Stadt Nidau für die Ukraine ihnen
680 vorschwebt. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Möchte François Zahnd als Co-Autor das Wort? Das ist nicht der Fall. Die Diskussion ist offen, wer wünscht das Wort? Bitte Käthy Lützelschwab.

Käthy Lützelschwab, SP: Guten Abend. Wir haben bereits zusammen diskutiert, aber ich
685 möchte es hier gerne auch öffentlich sagen. Wir würden dieses Postulat inhaltlich unterstützen. Wir finden auch, dass sich Nidau zwingend am Aufbau der Ukraine beteiligen sollte. Wir haben aber das Gefühl, dass diese Methode hier nicht umsetzbar ist. Ich kann jetzt auch keinen anderen Namen sagen als «Städtepartnerschaft». Wir hatten auch keine andere Idee, wie man das unterstützen könnte, aber da müsste man in Zukunft darüber nachdenken. Eine Partnerschaft ist eine
690 Gemeinschaft auf Augenhöhe, das Wort impliziert es ja. Das ist hier offensichtlich mit der Ukraine nicht möglich. Im Gegenteil, ich habe das Gefühl, wir würden unsere Partner in Bedrängnis oder unter Zugzwang bringen und das wollen wir ja nicht. Wir legen Ihnen nahe, den Vorstoss zurückzuziehen und eine andere Form zu finden, die wir dann alle unterstützen könnten. Andererseits haben wir auch gemerkt, dass es ein Postulat ist und ob die Idee ernsthaft umzusetzen ist oder
695 nicht, dass soll ja geprüft werden. Niemand will in der Welt rumfliegen, das wissen wir alle und habe es auch schon gehört. Wir würden es begrüßen, wenn es eine moderne Form einer Partnerschaft gäbe. Darum stimmen wir Ihnen zu einem Teil zu, aber die meisten von uns werden sich hier enthalten.

700 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Möchte jemand anderes das Wort? Bitte Martin Schwab.

Martin Schwab, SP: Geschätzte Anwesende. Meine persönliche Ansicht ist die, dass ich diesen Vorstoss von Stefan Dörig unterstützen kann. Das rein nur, wenn ich die Bilder sehe und wie betroffen ich darüber bin. Man kann es sich nicht vorstellen, wenn das bei uns passieren würde. Wenn man sich dann in diese Lage hineinversetzt, wenn es umgekehrt wäre und bei uns diese Situation vorherrschen würde - zum Glück nicht, aber rein hypothetisch - andere Orte diskutierten dann darüber, ob eine Partnerschaft oder nicht. Klar ist die Ausgestaltung schwierig, klar ist es ein Challenge, aber Challenges machen das Wirken und daran arbeiten ja eigentlich interessant. Wenn man das dann mitbekommt und sieht, dass es ein Challenge wird, wir kalte Füsse bekommen und uns deswegen davon distanzieren. Ich würde dazu ermutigen, dass wir mutig sind, diesen Schritt wagen und dass wir sagen, doch wir zeigen uns solidarisch mit der Ukraine, es ist schliesslich auf dem europäischen Kontinent, wo man sich einander hilft. Und auch grundsätzlich, man hilft einander, wenn jemand in Schwierigkeiten ist.

715

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Monika Stämpfli.

Monika Stämpfli, GLP: Ich verstehe die Bedenken des Gemeinderats sehr. Städtepartnerschaften sind auch in meinen Augen alte Zöpfe. Da wir als GLP vielleicht eher technokratisch unterwegs sind und neue Methoden nutzen, ist mir spontan in den Sinn gekommen, wie wäre es, wenn das ein Lernendenprojekt sein könnte? Dass sie sich überlegen, wie sie mit einer ukrainischen Stadt, mit Jugendlichen eine Partnerschaft eingehen würden. Das ist mir spontan in den Sinn gekommen.

725

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Es sind keine weiteren Wortmeldungen gewünscht. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Ablehnung mit 9 Nein / 6 Ja / 12 Enthaltungen.

7. P 233 Wie zugänglich ist Nidau?

730

Ressort	Hochbau
Sitzung	21.09.2023

nid 0.1.6.2 / 7.2

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir gelangen zu Traktandum 7, Postulat 233, «Wie zugänglich ist Nidau?»: Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Joel Schweizer.

735

Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer: Guten Abend. Ich habe bereits vernommen, dass dieses Postulat nicht ganz so beantwortet wurde, wie vom Postulanten gewollt. Für mich ist klar, ein Gebäude, das nicht für alle zugänglich ist, vor allem öffentliche Gebäude, sind Armutszeugnisse für eine Gemeinde. Nichtsdestotrotz haben wir immer die Kostenabwägung, ob es sinnvoll ist oder nicht, einen Lift einzubauen in ein Gebäude, das saniert wird. Es gibt ganz viele Aspekte, die man beachten muss. Trotzdem ist es mir ein grosses Anliegen, dass die behindertengerechte Zugänglichkeit gewährleistet ist. Wir haben das zusammen angeschaut, dass wir Wege aufzeigen und gehen wollen, wie man Nidau auf einen Weg bringen kann, dass es für Leute im Rollstuhl und für Sehbehinderte zugänglicher wird. Wir suchen eine gute Lösung.

745

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Ich gebe das Wort dem Postulanten.

Postulant, Tobias Soder: Zuerst mal vielen Dank für die Entgegennahme und Bearbeitung meines Vorstosses. Ich glaube, es ist offensichtlich, wieso das für mich eine Herzensangelegenheit ist. Es ist gut und ich finde es auch sehr wichtig, dass unser Gemeinderat Vorgaben und Strategien von Bund und Kanton umsetzt. Und wie zum Beispiel beim Strandbad auch offen ist für Umsetzungen von konkreten Vorschlägen von aussen, obschon sie nicht kantonal oder national vorgegeben werden. Trotzdem bin ich mit der Antwort des Gemeinderats nicht ganz zufrieden. Auch wenn ich es in diese Richtung erwartet habe. Ich möchte das kurz erläutern. Sie haben die Frage gelesen, die ich gestellt habe. Die Frage war: Wie zugänglich ist Nidau? Wissen wir das jetzt, wenn wir die Antwort des Gemeinderats lesen? Meine Meinung ist Nein. Ich habe in diesem Postulat bewusst drei Bereiche unterschieden. Einerseits öffentliche Gebäude, wofür die Stadt Nidau verantwortlich ist. Das lokale Gewerbe, ich sage mal, egal wem das Gebäude gehört, und private Liegenschaften. Das aus dem Grund, weil mir sehr bewusst ist, dass die Stadt Nidau nicht in jedem Bereich die gleichen Möglichkeiten hat, was dann auch als Antwort geschrieben wurde. Für öffentliche Bauten wird die Frage gestellt, wo noch Verbesserungen notwendig sind und es wird um eine Prüfung gebeten, wie aufwändig kurz- oder langfristige Lösungen umgesetzt werden könnten, wenn wir denn die Mittel und die Zeit dafür hätten. Also es geht nur um eine Prüfung. Die kurzfristige Behebung von sämtlichen Mängeln steht dabei gar nicht zur Diskussion, ich glaube dafür bräuchten wir magische Kräfte. Damit diese Fragen, die ich gestellt habe, beantwortet werden können, muss geprüft werden, wie es wirklich aussieht. Mein Fazit der Antwort des Gemeinderats ist, dass gesetzliche Vorgaben erfüllt werden, aber man abgesehen davon nicht genau weiss, wie es wo aussieht. Ausser bei den fünf Liegenschaften, die intensiv von der Bevölkerung genutzt werden und dem Strandbad. Aus meiner Sicht ist das ein Zeichen dafür, dass wir jetzt noch nicht so weit sind, dass wir einen bewussten und systematischen Umgang haben mit der Zugänglichkeit in Nidau. Das ist das, was ich in der Begründung geschrieben habe und was eigentlich der Grund ist für dieses Postulat. Ich weiss nach dieser Antwort des Gemeinderats nicht, mit welchem Aufwand kurzfristige und mit welchem Aufwand langfristige nachhaltige Lösungen umgesetzt werden können. Zum Gewerbe: Wenn jemand, der kürzlich durch eine Krankheit oder einen Unfall im Rollstuhl ist, nach Nidau zieht. Es ist ja oft so, dass Leute vorher ein Haus mit Garten oder eine Wohnung mit Treppe hatten und sie dann eine neue Wohnung und neues Haus suchen. Das ist nicht immer einfach. Wenn Sie auf einer Plattform mit dem Filter «rollstuhlgängig» suchen, dann sind noch 10 Prozent der Wohnung drin und das sind jene, die 50 Prozent mehr kosten. Das heisst, wenn jemand hierherzieht und eine Wohnung gefunden hat, dann ist das Gewerbe wichtig. Wo kann ich einkaufen, wo kann ich mit Kollegen etwas trinken, wo kann ich auf die Toilette? Mit der vorliegenden Antwort auf die Prüfung der Zugänglichkeit des Gewerbes, kann ich keinem anderen Rollstuhlfahrer sagen, wo es wie zugänglich ist und wo es sich nicht lohnt, hinzugehen, weil man zum Beispiel wegen einer Treppe sowieso nicht in den Laden kommt. Allein diese Information zu haben, wäre sehr viel wert. Mit dem sind wir beim Punkt meines Postulats, der sich um das Fördern und Unterstützen der Zugänglichkeiten unseres Gewerbes und privaten Liegenschaften dreht. Wir fördern und unterstützen die Kultur, wir haben einen Fonds für die Denkmalpflege und wir unterstützen die Integration in unsere Schulen über die gesetzlichen Pflichten hinaus und zum Teil ohne grosse Auflagen zu machen. Wenn jedoch geprüft werden soll, wie man das Gewerbe oder Private unterstützen oder die Zugänglichkeit fördern könnte, gehen einem scheinbar die Ideen aus. Natürlich kann darüber debattiert werden, wie ausführlich Postulate beantwortet werden können. Ein Prüfbericht von einem Postulat kann aber innerhalb von zwei Jahren beantwortet werden. Ich bin der Meinung, dass wir hier eine bessere Antwort erwarten können und auch eine Antwort, die der Bevölkerung von Nidau etwas bringt. Darum bitte ich Sie, das Postulat anzunehmen, aber nicht abzuschreiben. Es liegt jetzt an uns, werte Kolleginnen und Kollegen, wie schnell wir mit einem Prüfbericht zufrieden sind. Danke.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Gemäss Artikel 33 Absatz 1 der Geschäftsordnung kann die Diskussion verlangt werden, wenn mindestens 8 Mitglieder das wünschen. Das ist der Fall. Danke. Ich übergebe das Wort an René Dancet.

800

René Dancet, GLP: Danke für die Ausführungen. Ich möchte mich kurzhalten. Dass wir das Gesetz einhalten müssen, das müssen wir hier nicht diskutieren, das ist klar. Ich denke aber, es gibt Einiges, das wir zusätzlich machen könnten. Ich drehe es um, wir haben heute schon viel über Strom gesprochen. Wenn ich privat entscheide, ein Elektroauto zu kaufen, eine Ladestation, dann werde ich unterstützt. Vielen Dank. Ich finde das ein gutes Beispiel, bei gewissen Sachen, das müssen nicht 500 Franken sein. Aber wie man mit gewissen Massnahmen oder gewissen «Goo-

805 dies» solche Sachen unterstützen könnte und sicher auch Private oder Liegenschafts- oder Lokalbesitzer dahin bringen könnte, dass sie im Sinn einer Kommunikation oder unterstützenden Massnahmen etwas unternehmen könnten. Ich glaube, es gibt da viele Ideen und ich möchte den

810 Kreis aufmachen, dass wir mehr machen, als das, was bisher vorgesehen ist.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Sind weitere Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

815

Einstimmige Annahme.

Die gleichzeitige Abschreibung wird mit 7 Ja / 20 Nein verworfen.

8. P 234 Ernährung der Zukunft

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
21.09.2023

nid 0.1.6.2 / 7.4

820 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Wir gelangen zu Traktandum 8, Postulat 234, die Ernährung der Zukunft und ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Tobias Egger.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger: Sie haben es gesehen, wir haben eine relativ ausführliche Antwort zu diesem Postulat verfasst. Im Wesentlichen aber geht es darum,

825 dass wir der Ansicht sind, dass die Flughöhe des Anliegens nicht ganz stimmt. Es ist sicher ein berechtigtes Anliegen, aber grundsätzlich sehen wir das nicht als Thema, bei dem die Stadt Nidau konkret aktiv werden müsste. Wir sind eher der Meinung, dass das auf übergeordneter Stufe passieren müsste. Ausserdem ist man auch inhaltlich nicht mit allen Aussagen einverstanden. Ein Punkt, den wir prüfen ist, ob man allenfalls bei Veranstaltungen gewisse Auflagen oder Empfehlungen machen kann, die in diese Richtung gehen. Oder auch, wie das Ernährungsangebot in Ta-

830 gesschulen oder in Kitas aussehen kann. Dazu kann man sagen, dass es früher einen Vegi-Tag gegeben hat, aber dass dies heute auch nicht mehr zeitgemäss ist und auch nicht mehr empfohlen wird, weil es eigentlich zur Normalität gehört, dass sowieso auch vegetarische Angebote zum Alltag gehören. Vielleicht könnte man dazu sagen, dass es einfacher wäre, wenn man solche Prüfungsaufträge eher auf etwas beschränken würde, das dafür etwas konkreter wäre. Dann ist es

835 auch einfacher, dies zu beantworten und hat vielleicht auch höhere Chancen, dass man dann tatsächlich etwas anpassen kann. Danke.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Das Wort erhält der Verfasser des Postulats, Martin Schwab.

840

Postulant, Martin Schwab: Geschätzte Anwesende. Besten Dank dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung dieses Postulats. Ich finde es schade, dass man nicht den Mut hatte, etwas progressiver dahinter zu gehen und dem mehr Chance zu geben. Besonders auch, wenn
 845 überall die Rede ist von einer vegetarischen Ernährung, aber es gibt auch noch das andere «v», das vegane. Das taucht hier praktisch nicht auf. Ich ernähre mich seit 10 Jahren vegan und habe vorher das genaue Gegenteil gemacht. Ich habe viermal die Woche «gepumpt», hatte dicke Arme, war 95kg und hatte keine Kondition mehr. Seit ich mich vegan ernähre, geht es mir besser. Das ist das Erste, davor die Angst zu nehmen. Und das Zweite ist, dass es bewusst etwas
 850 gross gefasst war, um eine umfassende Analyse zu ermöglichen. Dies besonders für uns, die wir hier im Seeland leben, das ja die Gemüsekammer der Schweiz ist. Da könnte man mit Innovation und etwas Mut wahnsinnig viel Tolles auf die Beine stellen. Ich möchte noch den Zeitungsartikel zitieren der Handelszeitung vom 7. September 2023, ein Blatt, das die Wirtschaft in den Vordergrund stellt. Da ging es um die Veranstaltung «The spirit of Bern». Da geht es darum, dass viele
 855 namhafte Leute einmal im Jahr aus verschiedensten Bereichen zusammenkommen, und über ein Thema diskutieren aus verschiedenen Hinsichten. Ähnlich wie ein WEF, aber einfach spezifisch zu einem Thema. Und in dieser Ausgabe vom 7. September stand tatsächlich drin, auf der vordersten Seite, ein Artikel über «die Ernährung der Zukunft». Eins zu eins meine Worte. Wie schon mit vielem war ich zu fest voraus. Also das Postulat kann man gerne abschreiben, aber ich würde
 860 mich freuen, wenn nach der Sitzung oder auch grundsätzlich, Ratsmitglieder oder allgemein engagierte Leute aus der Bevölkerung von Nidau zu diesem Thema auf mich zukommen würden. Wir könnten etwas Grosses auf die Beine stellen und zeigen, dass wir mit der Ernährungswende richtungsweisend sein können für viele weitere Gemeinden, die dieses Potenzial nicht haben.

865 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Wünscht jemand die Diskussion zu diesem Geschäft? Das ist nicht der Fall. Wir können also abstimmen.

Stadtratsbeschluss

Annahme und gleichzeitige Abschreibung mit 24 Ja / 3 Nein

9. I 142 Sichere Energieversorgung und Beschaffungsstrategie

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
21.09.2023

870 nid 0.1.6.2 / 7.5

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir kommen zu Punkt 9 der Traktandenliste, die Interpellation 142 von Stefan Dörig über die sichere Energieversorgung und Beschaffungsstrategie. Wünscht der zuständige Gemeinderat Tobias Egger das Wort? Ist der Verfasser der Interpellation
 875 zufrieden oder wünscht er das Wort? Bitte Stefan Dörig.

Interpellant, Stefan Dörig: Danke für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich bin damit zufrieden. Nur kurz zum Thema Beschaffung. Ich bin beruhigt, dass die EV Nidau ihre Beschaffung in professionelle Hände ausgelagert hat. Mit einer strukturierten Beschaffung wird das
 880 Risiko von exorbitanten Preisen massiv minimiert. Ich bin auch der Überzeugung, dass die Youtility eine verlässliche Partnerin ist, die bei der Beschaffung und insbesondere bei der Ausgleichsenergie wiederum eng mit der BKW zusammenarbeitet. Ich konstatiere auch, dass die Stadt Nidau damit praktisch keinen Einfluss auf die Beschaffung hat. Wir sind in einem Pool integriert, der langfristig Strom beschafft, von dem wir rund 3 Prozent ausmachen. Die relevanten Entschei-

885 dungen, welche Strategie verfolgt wird, respektive zu welchen Preisen schliesslich die Nidauerinnen und Nidauer ihren Strom erhalten, wird zu einem grossen Teil, nämlich dem Energieteil des Stromtarifs, nicht in Nidau gefällt, sondern in Bern.

890 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Wünscht jemand die Diskussion? Das ist nicht der Fall.

10. I 143 Situation der Nidauer Schulen bezüglich Lehrkräftemangel und Stellenbesetzung

Ressort
Sitzung

Bildung, Kultur, Sport
21.09.2023

nid 0.1.6.2 / 7.7

895 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Wir gelangen zu Traktandum 10, die Interpellation 143, die Situation der Nidauer Schulen bezüglich Lehrkräftemangel und Stellenbesetzung. Die zuständige Gemeinderätin, Amelie Evard verzichtet auf eine Wortmeldung. Wünscht der Interpellant, Daniel Weibel das Wort? Bitte.

900 **Interpellant, Daniel Weibel:** Guten Abend. Vielleicht liebe Kinder und Jugendliche, die ihr möglicherweise diesen Livestream anschaut, besonders dieses Traktandum. Ich danke dem Gemeinderat und auch dem Abteilungsleiter, dem neuen und dem alten - der neue ist glücklicherweise heute unter uns - für diese Antworten. Die Fakten und Zahlen geben ein klares Bild ab. Einerseits ein beruhigendes Bild, andererseits gibt es auch zu denken, wenn ich beispielsweise sehe, dass
905 ein Drittel der Lehrkräfte auf der Primarstufe Speziallehrkräfte sind. Das hat mir ein bisschen zu denken gegeben. Aber ich bin sehr froh über diese Zahlen. Bevor ich die Antwort des Gemeinderats noch um zwei Punkte ergänzen möchte, noch der Hinweis, dass mich als Betroffener, der Lehrkräftemangel sehr beunruhigt. Ich war früher mal Schulleiter und wir haben untereinander jeweils ausgetauscht, welche Lehrer wählbar sind und welche man ja nicht wählen soll. Dieses
910 Thema ist vom Tisch. Ich weiss von einer Lehrperson, die aus verschiedenen pädagogischen Gründen wirklich nicht wählbar ist, die innerhalb kürzester Zeit wieder eine Stelle erhalten hat. Und es wird wahrscheinlich dann erst längerfristig die Kollateralschäden zur Folge haben. Im Abschnitt 1 der Antwort des Gemeinderats, rühmt dieser in hohen Massen die Schulleitungen, was ich sicher auch unterstütze, ihre Arbeit ist fundamental. Diesem Werbespot möchte ich jedoch
915 noch hinzufügen, dass die Lehrkräfte, welche leider in der Antwort nicht erwähnt werden, diejenigen sind, welche den Mehraufwand auf sich nehmen Praktikanten aufzunehmen und sich dafür auch ausbilden lassen. Diese Praktikanten sind es dann, welche niederschwellig Nidau als Arbeitsort auswählen, weil sie den Betrieb bereits kennen, die Leute kennen und so weiter. Es sind auch die Lehrkräfte, welche nun die unausgebildeten Personen unterstützen, begleiten und coachen.
920 Ich habe gesehen, in Nidau sind es rund 13 Prozent, die nicht ausgebildet sind. An meiner Schule ist es viermal mehr, da sind wir gefordert. Also auch dieses Begleiten und Coachen ist nicht ohne. Das wäre alles nicht nötig gewesen, wäre unsere Bildungspolitik so weit gegangen, dass sie ihre Hausaufgaben gemacht hätte und den Status der Lehrpersonen im Kanton Bern beispielsweise mit dem von Solothurn gleichgesetzt hätten. Ich rede jetzt vom Lohn. Aber ein grosses Merci
925 auch an alle die Lehrkräfte in Nidau. Ich habe gemerkt, ich habe so typische Politikerscheuklappen. In meiner Interpellation habe ich die wichtigsten vergessen, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst. Um zu fragen, um wie viele Kinder handelt es sich denn eigentlich, von wem sprechen wir? Aber vielleicht kann ja die Gemeinderätin da noch eine Antwort nachliefern. Danke noch einmal für die ausführliche Antwort und danke fürs Zuhören.

930

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Wünscht jemand die Diskussion? Das ist nicht der Fall. Aber die Gemeinderätin Amélie Evard wird eine Antwort geben.

935 **Ressortvorsteherin Bildung, Kultur, Sport, Amélie Evard:** Danke Frau Stadtratspräsidentin.
 Danke Daniel Weibel für die Frage, ich kann diese gleich mündlich beantworten. Wir haben momentan 144 Kinder im Kindergarten, 469 Kinder zusammen im Schulverband in der Sek und 347 Kinder in der Primarschule sowie 250 Schülerinnen und Schüler aus Nidau, die auswärtige Schulen besuchen. Die grösste Mehrheit davon die französische Schule in Biel.

11. Einfache Anfrage – Schliessung Kita Unterer Kanalweg auf 31. Juli 2024

Ressort Sitzung	Bildung, Kultur, Sport 21.09.2023
--------------------	--------------------------------------

nid 0.1.6.2 / 7.6

940

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir kommen zu Traktandum 11, die einfache Anfrage betreffend die Schliessung der Kita Unterer Kanalweg per 31. Juli 2024. Der Gemeinderat hat die einfache Anfrage schriftlich beantwortet. Eine Diskussion ist nicht vorgesehen.

945

Einfache Anfragen

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Wir kommen zu den einfachen Anfragen. Hat jemand eine Frage? Bitte Dominik von Aesch.

950

Dominik von Aesch, SP: Liebe Anwesende, auch von mir noch einen guten Abend. Ich möchte wissen, ob die Tagesschulen und die städtischen Kitas ein Ernährungskonzept befolgen in Form von einer Ernährungspyramide. Es geht mir hier um die Ernährung, aber vor allem um die Kleinen, um jene, die sich weniger wehren können und selber noch nicht entscheiden können. Meine Frage ist, gibt es ein Ernährungskonzept, das man befolgt?

955

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke, ich übergebe das Wort der zuständigen Gemeinderätin Amélie Evard.

960 **Ressortvorsteherin Bildung, Kultur, Sport, Amélie Evard:** Danke für diese einfache Anfrage, ob wir ein Ernährungskonzept haben. Wir haben kein Konzept, das festgeschrieben ist, aber es ist sehr wichtig, dass die Mahlzeiten, sei es in der Kita oder in der Tagesschule, ausgewogen, gesund und gleichzeitig auch kindergerecht sind. Wir bieten regelmässig auch vegetarische Menus an für alle Kinder und die Kinder, die sich auch zu Hause vegetarisch ernähren, können sich die ganze Woche bei allen Mahlzeiten vegetarisch ernähren. Darauf wird stark geachtet. Wir haben auch ein Catering der Residenz Au Lac, das die Menus für die neue Tagesschule im Burgerbeunden liefern wird. Von dem her ist die Qualität sehr gut abgestimmt mit der Ernährungspyramide, wie das gesagt wurde.

965

970 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Ich gebe das Wort an Philipp Ledermann.

Philipp Ledermann, GLP: Ich habe folgende einfache Anfrage. In diversen Gesprächen im Vorfeld zur heutigen Stadtratssitzung hat sich gezeigt, dass bezüglich Energiezukunft nicht alle den

gleichen Fakten- und Wissensstand haben. Hat der Gemeinderat vor, uns Stadtratsmitglieder
975 über die Energiezukunft zu informieren? Ich könnte mir vorstellen, dass wir dadurch ein gemein-
sames Verständnis und eine Ausgangslage hätten, für zukünftige Geschäfte im Stadtrat.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke für die Anfrage. Ich übergebe das Wort dem zu-
ständigen Gemeinderat Tobias Egger.

980

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger: Es ist gut denkbar, dass wir das zu
gegebener Zeit im Rahmen einer Infoveranstaltung für den Stadtrat machen, allerdings ist der
Begriff «Energiezukunft» sehr wage und müsste vorgängig sicherlich abgesteckt werden.

985 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Danke. Ich gebe das Wort an Leander Gabathuler.

Leander Gabathuler, SVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie mögen sich vielleicht erinnern,
wir haben auch schon an der letzten Stadtratssitzung darüber diskutiert. Die temporären Biblio-
theksparkplätze, die wegen der Buswendeschleife hätten erstellt werden sollen - wir stellen fest,
990 dass sie immer noch nicht markiert sind. Auch am Strandweg und an der Dr. Schneiderstrasse
wurden Parkplätze nach Abschluss der Bauarbeiten nicht wieder markiert. Da ist meine Frage,
gibt es einen Grund und wann kann mit der Wiedermarkierung der Parkplätze gerechnet werden.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Ich gebe das Wort Gemeinderat Joel Schweizer.

995

Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer: Ich habe eine positive Antwort. Die temporären
Parkplätze auf dem Bibliotheksplatz sind fertig gestellt. Am Montag werden die Markierungen an-
gebracht.

1000 **Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli:** Dann gebe ich das Wort Gemeinderätin Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Zu den anderen erwähnten Parkplätzen kann
ich keine abschliessende Antwort geben, aber mögliche Gründe nennen. Grundsätzlich ist es so,
dass es nicht immer einfach ist, nach Bauarbeiten, bis alles wieder markiert und signalisiert ist,
1005 wie es sollte. Da sind wir auch immer dran. Das ist manchmal ein Kraftakt. Bei den Markierungen
kann es konkret so sein, dass allenfalls noch ein Folgebau oder eine weitere Bauarbeit geplant ist
und mit der Markierung aus diesem Grund zugewartet wird. Weiter kann es sein, dass aufgrund
der Temperaturen oder der Witterung nicht markiert werden kann. Die Markierungsfirmen kom-
men weder bei zu kalten Temperaturen noch bei Regen. Oder ganz schlicht und einfach, aufgrund
1010 von fehlenden Kapazitäten, da die wenigen Firmen, die es gibt, extrem ausgelastet sind. Aber ich
habe gesehen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger die Parkplätze oftmals wieder nehmen. Von
daher ist es nicht so dramatisch für eine Übergangszeit.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Bitte Martin Fischer.

1015

Martin Fischer, FDP: Ich habe festgestellt, dass von der Schule Weidteile vor Kurzem die Solar-
anlage entfernt wurde. Ich habe im Internet geschaut, ob es in den Beschlüssen des Gemeinde-
rats auftaucht, im Stadtrat ist es nie aufgetaucht. Kann mir jemand sagen, was die Absicht ist
und wie es weiter geht?

1020

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Ich übergebe das Wort am zuständigen Gemeinderat Joel Schweizer.

1025 **Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer:** Die Anlage auf diesem Schulhaus war nicht der
Gemeinde Nidau, sondern das Dach wurde von einer externen Firma gemietet. Die Anlage ist in
die Jahre gekommen und war nicht mehr rentabel. Die Firma wollte sie Nidau verkaufen aber
nach all den Jahren war es die Entscheidung, dass sie lieber zurückgebaut wird, als dass wir eine
Anlage übernehmen, die nicht mehr rentabel ist. Zudem muss das Dach saniert werden, das
ganze Gebäude muss saniert werden und so hätten wir das alles selbst zurückbauen müssen. Auf
1030 diesem Weg erledigte dies die Firma, der es gehört hat.

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Danke. Gibt es andere Anfragen? Das ist nicht der Fall.
Wir kommen zu den Mitteilungen.

1035

Mitteilungen

Stadtratspräsidentin, Pauline Pauli: Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Parlaments, die
am 28. September dabei sind, um nach Schliengen zu fahren. Der Herbstmarkt in Schliengen ist
am 7. Oktober. Ich bedanke mich bereits für Ihre Teilnahme. Der Zwiebelmarkt in Nidau findet
1040 am 4. November 2023 statt und die nächste Stadtratssitzung ist am 16. November 2023.

Ich danke dem Hauswart Claude Marbot für die Vorbereitung des Saals und dem Team von
Eclipse für die technischen Arbeiten. Ich danke Ihnen allen für diese gute Sitzung, ich wünsche
Ihnen einen schönen Abend und bis bald.

1045

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin